

Pflegekräfte fühlen sich überfordert

Die Krankenhauspflegekräfte fühlen sich infolge der wachsenden Arbeitsbelastung weithin überfordert. Dies resultiert vor allem aus den vielen unbesetzten Planstellen und den staatlichen Sparbeschlüssen. Nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Düsseldorf, müssen neuerdings Bewerber für den Pflegedienst abgewiesen werden, obwohl in der Bundesrepublik Deutschland rund 28 000 Schwestern fehlten. Zudem seien die Pflegeschulen vor allem in privaten Krankenhäusern finanziell nur noch bis Ende dieses Jahres gesichert.

Statt die Ausbildungskapazitäten für qualifizierte Pflegekräfte zu erweitern, seien allein im vergangenen Jahr 1100 Plätze gestrichen worden, kritisierte Elke Kuhlwilm, die Vorsitzende der Bundesfachgruppe „Gesundheitsdienst“ der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), anlässlich eines Pressegesprächs der DAG und des Marburger Bundes am 24. Februar in Bonn. Immer noch würden Auszubildende auf die Stellenpläne der Krankenhäuser angerechnet. Nur zwei Bundesländer würden hier eine rühmliche Ausnahme machen. Die „Überforderung durch inhumane Arbeitsbedingungen“, „schlechtes Betriebsklima“, „mangelndes soziales Ansehen“ und „vorgegebene hierarchische Strukturen am Krankenhaus“ seien mitverantwortlich für die in den letzten Jahren festzustellende „zunehmende Flucht aus dem Beruf“, betonte die DAG-Sprecherin. HC

Frau Hubers Programm für die nächsten vier Jahre

Vor dem Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit nannte Frau Minister Huber Anfang Februar folgende Vorhaben, die ihr Haus in dieser Legislatur-

periode durchziehen will: Die ambulante psychiatrische Versorgung soll verbessert, und zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs sollen Programme erstellt werden. Außerdem will man die Erforschung von Krebskrankheiten intensivieren.

Probleme des Verbraucherschutzes aufgrund der Anwendung von Tierarzneimitteln sollen gelöst werden. Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Neuordnung bestimmter Gesundheitsberufe dar. Hierbei geht es unter anderem um eine Änderung des Psychotherapeuten-Gesetzes, das die Etablierung des Psychotherapeuten als dritter Heilberuf neben dem Arzt und dem Heilpraktiker enthalten soll.

Neben einer verbesserten Unterstützung der Jugend- und Sozialarbeit will man sich auf Hilfen für alte Menschen und benachteiligte Gruppen konzentrieren.

Übereinstimmend forderten Sprecher aller Fraktionen in diesem Zusammenhang, sich intensiv mit den Problemen zu beschäftigen, die durch die steigende Zahl pflegebedürftiger Personen im gesundheits- und sozialpolitischen Bereich entstehen. Mo

ZITAT

Zivilisiert

Cecil Rhodes (1853 bis 1902), Vater des früheren Rhodesien (heute: Simbabwe), war erzkonservativ. Das ist heute keine Empfehlung. Doch wenn man sein politisches Testament liest, bedauert man tief, daß es nicht beachtet wurde: „My motto is equal rights to every civilized man south of Samsesi. What is a civilized man? A man whether white or black who has sufficient education to write his name, has some property or works, in fact is not a loafer.“ Dr. Fleiß

„Simulanten“-Broschüre auf dem Index

Die berühmt-berüchtigte (linke) 120-Seiten-Schrift „Wege zu Wissen und Wohlstand oder lieber krank feiern als gesund schuften“ (Verlag „Roter Funke“, Bremen; Verleger: der Hamburger Philosophiestudent Robert Jarowoy, 28), in der Gebrauchsanweisungen zum Simulieren von Krankheiten mit dem Ziel gegeben werden, tarifvertragliche und gesetzliche Leistungen zu erschleichen, erfüllt den Tatbestand der „strafbaren Handlung“. Dies teilte die Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Frau Anke Fuchs, in der Fragestunde des Deutschen Bundestages dem CSU-Abgeordneten Dr. Fritz Wittmann, München, mit.

Die Staatssekretärin wies darauf hin, daß die Staatsanwaltschaft Hamburg ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer strafbaren öffentlichen Aufforderung zu Straftaten gemäß § 111 des Strafgesetzbuches (StGB) eingeleitet habe. Darüber hinaus hat nach Angaben von Frau Fuchs die Staatsanwaltschaft eine richterliche Beschlagnahmeanordnung gegen die Verbreitung der Druckschrift im Geltungsbereich der Strafprozeßordnung erwirkt (vgl. DEUTSCHES ÄRZTEBLATT, Heft 4/1981, Seite 111 f.; Heft 8, Seite 322; Heft 9, Seite 424 f.).

Weitergehende Schritte erwägt die Bundesregierung allerdings nicht. Frau Fuchs: „Die strafrechtlichen und strafprozessualen, aber auch die versicherungs- und arbeitsrechtlichen Möglichkeiten des geltenden Rechts reichen aus, um die Aufforderung zum Mißbrauch von Leistungen zu bekämpfen. Im übrigen erscheint es zweifelhaft, ob gesetzgeberische Schritte geeignet wären, etwa das Vorspiegeln von Krankheiten zu verhindern, zu dem die genannte Broschüre im wesentlichen anleiten will.“ EB